äußerordentliches Fachschaftenplenum vom 2.6.1995 - Anwesenheitsliste

Name	FB	Wie bin ich in der TH zu erreichen? (Hauspostadresse, Haustelefon o.ä.)	Wie bin ich privat zu erreichen? (Postadresse, Telefon)
Christian Höhel	2	FS2 / ASTA	Traisaer Weg 38, 64380 Roßdorf 06154 / 81934
Katja Schmädig	2	FS 2	DA
Adriana Ruiz-Pino	2	Zi 11 / 181	Karlshof 6 / 61 tel 71 52 38
Markus Thiele	1	HS Ref / ASTA	Fischweiler 17, 64646 HP 06252/15365
Karsten Schäfer	11	FS 11	Phillip-Röth-Weg 12, 64295 DA Tel.: 06151/319456
Lars UMLAUF	6	ASTA HoPo	
Hans Grimmelmann	1	FS 1	Viktoriastr. 58, 64293 DA Tel.: DA/24789
Jens Reiter-Hebach	1	FS 1	Heidelberger Landstr. 75, 64297 DA Tel.: DA/53541
TIMO HAAS	7	FS 7	TRINKBORNSTR. 30, 64291 DA TEL 06150/82657
Frank Hofmann	16	FS 16	68734
Holger Lange	16	FS 16 4517	06251/75606 Holger verlangen
Scholler Ulrich	16	FS 16 4517	06151/423184 U Scholler
Michael Bender	15	FS 15 16-3811	Baustraße 90 64372 Ober-Ramstadt Tel. 06154 52420
Gerhard Baier	19	FS 16-5317	Alfred-Messel-Weg 10B23 64287 Darmstadt 06151/79193

An Uli + alle anderen
Streiker Innen
Ciao Christa

Diskussionspapier / überarbeitet 4. Diskussion

Die StudentInnen der Fachhochschule und der Technischen Hochschule Darmstadt protestieren energisch gegen die geplanten Stellenkürzungen im Hochschulbereich sowie gegen die bereits erlassene Haushaltssperre von 20 % für alle hessischen Hochschulen. Die Konsequenzen für die ohnehin unzureichend ausgestatteten Hochschulen können von den Studierenden nicht mehr hingenommen werden. Als Folge des Personalabbaus werden insgesamt weniger Vorlesungen und bestimmte Seminare seltener angeboten. Es stehen weniger Labor- und Seminarplätze zur Verfügung. Diese unnötigen Studienhemnisse sind für die Studierenden hinderlich; für auf BAföG-Angewiesene werden sie zum Verhängnis und haben einen sozialen Numerus Clausus zur Folge. Der klassische N.C. wird an mehr und mehr Fachbereichen eingeführt, und die Anzahl der Studierenden wird bis zum Eintritt ins Hauptstudium durch *Rausprüfen* auf eine handhabbare Größe gebracht. Dies bedeutet eine Abkehr von der traditionellen Öffnungs- und Offenhaltungspolitik, die einmal Aushängeschild hessischer Bildungspolitik war. In der Rücktrittserklärung der ehemaligen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Evelies Mayer (SPD) vom 26.3. 95 heißt es wörtlich (Zitat): " Die schon in den 50er Jahren, damit früher als in anderen Bundesländern, begonnene Öffnung des Bildungswesens für alle Bevölkerungsschichten, das Eintreten für Chancengleichheit, die Schaffung vielfältiger weiterführender Qualifikationspotentiale als anerkannte und mit Priorität versehene Aufgabe ist gefährdet."

Bildung wird so wieder zu einem Gut, das sich bestimmte Bevölkerungsschichten nicht leisten können. Aber auch die Rechnung derer, die glauben, daß Elitebildung ihre eigenen persönlichen Chancen verbessert, geht nicht mehr auf. Zeigt doch die Landesregierung, wie wenig sie bereit ist, die Qualität der Lehre an hessischen Hochschulen zu sichern und bei ihren Sparbeschlüssen zu berücksichtigen. Als "niederschmetternd" hat die Konferenz der Hessischen Universitätspräsidenten (KHU) die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen bezeichnet, die vor allem die Grünen so wollten. "In dieser Größenordnung werden Stellenabzüge überhaupt nur umzusetzen sein, wenn Abstriche beim Leistungsangebot erfolgen. Ganze Teilbereiche müssen radikal zurückgefahren oder ganz aufgegeben werden... Für die Studierenden ist eine deutliche Qualitätsminderung der akademischen Ausbildung unausweichlich. Ihnen können in den von Stellenabzug betroffenen Bereichen künftig kaum mehr als Minimalprogramme geboten werden. Wachsende Überlast und rückläufige Betreuungsrelationen werden sich einmal mehr studienzeitverlängernd auswirken." Die Rektoren der hessischen Fachhochschulen kündigten in einer gemeinsamen Erklärung an, "die Fachhochschulen werden bei Umsetzung der Sparmaßnahmen nicht mehr in de Lage sein, ihr zur Zeit angebotenes Lehrprogramm aufrechtzuerhalten, geschweige denn notwendige Anpassungen an den gesellschaftlichen Wandel vorzunehmen." Die nötigen Reformen im Hochschulwesen können durch eine solche *Rasenmäher-Politik* nicht unterstützt werden. Durch das schlechter werdende quantitative Betreuungsverhältnis werden die Gruppengrößen in vielen Lehrveranstaltungen erhöht, und betreuungsintensive Veranstaltungstypen werden durch weniger aufwendige ersetzt. Damit ändert sich auch der Charakter der Lehrveranstaltungen: weg von interaktiver Beteiligung an Lehrveranstaltungen hin zu Frontalunterricht. Mit der geplanten Schließung kleiner Fachbereiche wird das Fächerspektrum an den einzelnen Hochschulen geringer. Außerdem ist zu befürchten, daß im Rahmen der sogenannten Profilbildung Fachbereiche sich auf enge Teildisziplinen spezialisieren werden. Diese beiden Entwicklungen werden ein interdisziplinäres Studium, den berühmten Blick über den Tellerrand, erschweren und einschränken.

Es besteht weiterhin die Gefahr, daß Fachbereiche bei der Reduzierung des Lehrangebotes den Weg des geringsten Widerstands gehen werden, indem sie Wahl- und Wahlpflichtveranstaltungen streichen, die Pflichtveranstaltungen jedoch zuletzt antasten. Aufgrund der Kürzung der Finanzmittel werden noch weniger - und vor allem weniger moderne - Bücher, Rechner und Geräte zur Verfügung stehen. Die Voraussetzungen für das Selbststudium, oder nur das praktische Nachvollziehen des theoretisch Gelernten werden sich dadurch verschlechtern. Von praxisnaher Lehre kann nicht die Rede sein, wenn beispielsweise eine durchschnittliche PC-Labor Ausstattung 10 Jahre hinter dem aktuellen Technologiestand herhinkt.

Im Interesse der *Effizienzsteigerung* werden Hochschulen und Ministerium den Studierenden einen rigiden Studien- und Zeitplan vorgeben, dessen Einhaltung, wo noch nicht zur Pflicht, so doch zur Norm erklärt wird. Es steht also weniger Raum und Möglichkeit für Eigenverantwortung im Studium zur Verfügung. Gerade in einer Zeit, die nicht auf gut funktionierende Rädchen, sondern auf mündige, in Zusammenhängen denkende Menschen angewiesen ist, ist dies fatal (vgl. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit).
Insgesamt erkennen wir hierin einen Ausdruck der Wendung zum *schlanken Staat*. Dies bedeutet in seiner Umsetzung offensichtlich nicht weniger Staat, sondern einen Wechsel der Funktionen. Das weniger an staatlicher Wohlfahrt wird durch ein mehr an autoritärer Bürokratie und an staatlicher Kontrolle ersetzt. Auch die jüngst vorgelegten Vorschläge der Hochschulstrukturkommission zur Studienstrukturreform und zum Hochschulmanagement sehen wir in diesem Zusammenhang.

In diesem Tenor steht auch der von Bundesbildungsminister Rüttgers vorgelegte Entwurf zur Novellierung des BAföGs. Bekanntlich müßte die Erhöhung ca. 11 Prozent betragen, wenn sie auch nur die Inflationsraten und die Einkommensentwicklung der letzten drei Jahre ausgleichen wollte. Mehr als 4 Prozent ist der Bundesregierung das BAföG aber nicht wert. Sie betreibt einen *Ausstieg auf Raten beim* BAföG und läßt seit Regierungsübernahme die Gefördertenquote und die Förderungssummen kontinuierlich absinken. Der umstrittene Leistungsnachweis nach dem zweiten Semester, von dem die weitere Förderung abhängig gemacht werden soll, steht im Gesetzentwurf drin. Wollte die Bundesregierung noch vor einem Jahr diesen Leistungsnachweis nur den BAföG-EmpfängerInnen abverlangen, so ist sie sich nun mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) einig, und will alle Studierenden dieser weitergehenden Kontrolle und Reglementierung unterwerfen. Das BAföG bedarf der Zustimmung des Bundesrats, also bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen der SPD-Länder. Diese fordern nur unwesentlich mehr, als Rüttgers ihnen anbietet, nämlich eine Erhöhung um 6 Prozent.

Wir fordern daher nicht nur die Rücknahme der 20%igen Haushaltsperre und der geplanten Stellenkürzung, sondern eine grundlegende Abkehr von dem auch in anderen Bereichen verhängnisvollen Leitbild des sozialdarwinistischen, schlanken Staates.

Deshalb fordern wir von der hessischen Landesregierung:

- Die Landesregierung soll im Bundesrat eine BAföG-Erhöhung durchsetzen, die mindestens der Inflationsrate entspricht. Der Einführung eines zusätzlichen Leistungsnachweises für den Erhalt von Leistungen nach BAföG darf hierbei keinesfalls akzeptiert werden.
- Zur Verfügungstellung von bezahlbarem Wohnraum für StudentInnen und andere.

- Den Studierenden muß größerer Freiraum bei der Gestaltung des Studiums eingeräumt werden, d.h. mehr Raum für Wahl- und Wahlpflichtveranstaltungen, für eine individuelle Spezialisierung und Interdisziplinäre Studien.

1.JUN.'95 9:19 ASTA DER FH DARMSTADT +49 6151 315009 P.2

Mechanik FS nur sporadisch, keine Beschäftigung

FB1 Schreiben verfaßt an Minister, Unterschriften-sammlung in Vorlesungen, im FBR "nicht so be-geistert" aber Unterstützung in Vorlesungen
FBR will eigene Schreiben machen, evt. Ministerin einladen?

FB7 Schreiben abgefaßt + Unterschriften
nach ARCH-Modell Eintragung en block
großer Informanzelan Stud, Wittis + Prof jammern,
niemand tut etwas
stark zurückgehende Stud.zahlen → gr. Druck

FB Maschinenbau

Stud. wissen gar nichts!
Plakate als Schnellschuß
im FBR noch nichts passiert, aber Vorschläge
größere inhaltl. Diskussion in der FS

FS2 Infos nicht so groß
Katja + Chr. in AG aktiv: versuchen, an FHAktion anzuschließen

geo nix getan, niemand was mitgekriegt
Exkursionen müssen selbst

Infos v. Jan (HMWK)
(ohne Umschichtungsmögl.)
+ Streichungen 90 + 57 = 450 Stellen
ohne FHs → auf 15 Unis
+ Sperren
6 Monate Sperre
} beides!!

Finanzminister 20% HHsperre: Umsetzungsprobleme
→ wahrscheinl 11-12 %(?)

Bundestag BAföG-Leistungsnachweis f. ALLE

FB Arch gleiche Punkt bekommen, Studium bezieht auf Einzelkorrekturen

Kundgebung ? Termin ? VV Montag 14 Uhr

FBR - Beschluss alle Prof., 100% Stud (von 1800)

großer Vorsorler / Prof streiken mit ca. 500 Stud.

STREIK:

- besser "Demonstration", "Aktionstag" (aktiv)

Kritik: Arch: Adressat ?
Kernanliegen ?

aber: vernachlässigte größe in d. gesellsch. grundsätzl. inkorrekte Behandlung
verlotterte Bildungspolitik
→ dann Einzeladressen

Chemie: kann mobilisieren, / im Schreiben nur 99. Landespolitik

Maschbau: Bafög nein, Dien. FS-Sitzung

FS 1: im Schreiben nur Landespolitik
WI - Mobilisieren: in Bezug auf eine klassen mit Ag-Flugblatt; wenn Landespol. im Mittelpunkt "Keine zynischen Sprüche"

EI: tragen die Sache jedenfalls mit
Verw: Landespol. / Mobilisierung schwierig
Unterschriftenaktion gezielt

geo Arch: f. Bafög, aber differenzierte Betrachtung
Stellen Hauptsache.

Tarn: macht Folie

Arch: Thor. gg. schlechte Bildungspolitik

FSZ: trägt mit

Lap-Vorschläge:

Folie bis Di Vormittag

× Resolution vom FBR
× Prop mit auf Demo
× Stände in Mensa
× Aktion d. Vorlesung